

„Das Recht ströme wie Wasser und die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach!“
(Prophet Amos 5, 24)

Thessaloniki Mai 2015 - Ein anderer Thessalonicher Brief
Von Theologen und Theologinnen aus Thessaloniki/Griechenland

Wir wenden uns mit diesem Brief an alle, die am Evangelischen Kirchentag 2015 teilnehmen und an alle, die beunruhigt sind über die ökonomische Krise und ihre verheerenden Folgen für weite Teile der Bevölkerung in Griechenland. Wir suchen den Dialog, um gemeinsam der Propaganda und den Beleidigungen der Menschen in unserem Land und der neu gewählten Regierung entgegen zu treten und um für eine Berichterstattung über Griechenland und eine Politik zu werben, die an Gerechtigkeit und Gemeinwohl orientiert sind.

„Den andechoume allo! ... Wir halten es nicht mehr aus!“ In großer Verzweiflung hat die Bevölkerung Griechenlands bei der Wahl vom 25. Januar 2015 mehrheitlich ein entschiedenes NEIN zu der Politik der Regierenden und zu den Auflagen des IWF, der Banken und der Organe der EU gesagt. Die Regierungskoalition genießt bis heute eine ungewöhnlich breite Unterstützung in der Bevölkerung.

„Kann man dieser neuen unerfahrenen und linken Regierung wirklich vertrauen?“, werden wir immer wieder gefragt. „Was ist bei Euch in Griechenland gelaufen, dass es zu dieser humanitären Krise kam?“ Dazu wollen wir hier einige Hinweise geben.

Wir gehen davon aus, dass diese Krise die Folge eines weltweit brutal agierenden Kapitalismus ist, dessen oberste Prinzipien Profitgier und Ausbeutung von Mensch und Schöpfung sind. Menschenrechte und Gemeinwohl, Bewahrung der Schöpfung und Frieden gehören nicht in dieses Konzept. Der Kapitalismus ist eine frevlerische Wirtschaftsform auf Kosten von Mensch, Natur, Gesellschaft und Staat, und ein System, das zunehmend Gewalt entfaltet.

1. Situation der Kirchen

Die Geschichte unseres Landes ist seit der Gründung des Nationalstaates 1830 eine sehr bewegte. Der Einfluss der Großmächte spielte dabei immer eine große Rolle. Die Bevölkerung wurde in einem überwiegend monokulturellen, national- orthodoxen Geist geprägt. „Griechisch sein“ hieß noch bis vor kurzem „orthodox sein“. Seit den 90er Jahren hat sich unsere Gesellschaft geöffnet und pluralistischer entwickelt; Migration und Information haben auch dazu beigetragen.

Die Regierung und der orthodoxe Erzbischof Hieronymus handeln in gegenseitigem Respekt angesichts der Herausforderungen der ökonomischen Krise. Es werden Anstrengungen unternommen, das Verhältnis Staat und Kirche neu und nach demokratischen Kriterien zu regeln und Minderheiten dieselben Rechte zu gewähren. Der Erzbischof hat seine Unterstützung zugesagt, durch das Eigentum der Kirche zum Schuldenabbau beizutragen. Orthodoxe Kirchen sind neben vielen Einrichtungen der Zivilgesellschaft zu wichtigen Trägerinnen der Armenspeisungen geworden, mit viel ehrenamtlichem Einsatz und Spenden. „Noch eine Rentenkürzung können wir nicht mehr verkraften!“, so Metropolit Varnavas. In seinen Gemeinden in einem sozialen Vorort von Thessaloniki werden täglich mehr als 7000 Menschen mit Essen versorgt. Minderheitenkirchen können nicht mehr die Renten ihrer Pfarrer und ihre laufenden Kosten finanzieren. Auch sie führen Armenspeisungen und Flüchtlingsprojekte durch. Gemeinsam mit Menschen aus Theologie und christlichem Engagement fordern wir alle Kirchen eindringlich dazu auf, dem „Rad in die Speichen zu fallen“ (Bonhoeffer). Neben dem karitativen Einsatz, „dem Verbinden der Opfer unter dem Rad“, müssen sie ihre prophetische Aufgabe wieder neu entdecken und wie die Propheten des Alten Testaments auch heute die ungerechten Praktiken der

Mächtigen zugunsten Weniger heftig kritisieren. Christenmenschen gehören auf die Seite der Ausgebeuteten und der Notleidenden!

2. NS-Besatzung Griechenlands

Die unruhige Geschichte unseres Landes beinhaltet auch die dreieinhalb Jahre andauernde brutale Besatzung, Plünderung und Zerstörung unseres Landes durch die Nazis. Die damit zugefügten Wunden sind bisher nicht wirklich behandelt und geheilt worden. Vor allem werden sie seit Jahrzehnten ausgeblendet und ignoriert. Die Menschen in Deutschland sind zu wenig informiert worden über diese unzähligen Gräueltaten der Wehrmacht und der SS-Einheiten überall im ganzen Land. Und ihre Regierungen haben mit diplomatischen Tricks und unter Ausschluss des kleinen Partners Griechenland eine Lösung des Themas „Reparationsschulden und Kriegsanleihe“ erfolgreich bis heute umgangen. Dass ein deutscher Historiker, Prof. Hagen Fleischer, dieses Taktieren der deutschen Regierungen öffentlich als „gänzlich unanständig“ bezeichnet hat, empfinden viele Menschen hier als eine Entlastung. Die Jüdische Gemeinde Thessaloniki kämpft zusammen mit dem „Zug der Erinnerung“ (<http://www.zug-der-erinnerung.eu>) darum, dass die Kosten für die Eisenbahnfahrt in die Vernichtungslager, die die 46.000 Juden selbst zahlen mussten, von der Rechtsnachfolgerin der Reichsbahn, der Deutschen Bahn AG, erstattet werden. Diese Forderungen unterstützen wir in vollem Umfang.

Wir erleben Initiativen aus Deutschland, die sich leidenschaftlich und tatkräftig für Versöhnung und Heilung dieser alten Wunden einsetzen. Wir klagen aber die deutsche Regierung an, dass sie sich weiterhin um die moralische und rechtliche Klärung gezielt windet und wendet. Wir kritisieren, dass Bundespräsident Joachim Gauck von Wiedergutmachung redet, die Kanzlerin vage einstimmt, und dann der Regierungssprecher alles wieder auf ein Maß der Unverbindlichkeit zurückschraubt. Dieser Umgang tut weh, besonders denen, die diese Gräueltaten selbst und in ihren Familien erlitten haben! Dieses Verhindern einer Klärung vergiftet das Klima zwischen den Menschen unserer Länder. Die neue Regierung ist die erste, die der Frage der Kriegsschulden in einem offenen Diskurs, u.a. in einem Parlamentsausschuss, nachgeht und dazu beitragen will, dass endlich die geschichtlichen Fakten auf den Tisch kommen. Auch wir plädieren für einvernehmliche Absprachen zwischen unseren Ländern und für eine saubere rechtliche Klärung. Wir bitten besonders die Kirchenleitungen in Deutschland, diese Forderungen zu unterstützen.

3. Schulden Griechenlands

Wir empfinden die Verlautbarungen aus der Politik und den Medien als arrogant und unangemessen, wenn mit ausgestrecktem Zeigefinger auf die hohe Verschuldung unseres Landes gezeigt wird. Es darf der Bevölkerung Deutschlands nicht weiter suggeriert werden, dass für die Verschuldung Griechenlands allein die Menschen in Griechenland, die über ihre Verhältnisse gelebt hätten, verantwortlich seien. Ja, viele haben hier mit Darlehen gelebt, mit Börsengewinnen und mit den Subventionen. Viele sind auf einem Konsumzwang abgefahren. Das trifft jedoch zum einen kaum auf die einfachen Leute und den Großteil der Bevölkerung zu. Zum anderen und insbesondere ist ein solches Habenwollen Teil des herrschenden Wirtschaftssystems und seines Wachstumswahns.

Wir erleben, dass die überall durchgeführte Austeritätspolitik mit der Euro-Einheitswährung Exportüberschüsse in wenigen reichen Ländern und Schulden in den armen Ländern des Südens erzeugt. Damit wird eine immer größere Ungleichheit zwischen den einzelnen Ländern wie zwischen den Menschen geschaffen. Durch diese Politik werden in Griechenland Menschen in extreme Armut (2014: 11%), unter die Armutsgrenze (34%) und in Arbeitslosigkeit (27%) getrieben, leiden Schulkinder (700.000) an Unterernährung und hängen 60 Prozent der Jugendlichen ohne Arbeit chancenlos herum. Es haben mehr als 6000 Männer und Frauen Selbstmord wegen hoher Verschuldung begangen. Die Ärzte in den staatlichen Krankenhäusern gehen auf die Straßen, weil sie die Versorgung der Kranken nicht mehr gewährleisten können. Es fehlt überall an Personal, es fehlt an den einfachsten Sachen wie

Verbandszeug, Hygienemitteln und Bettwäsche. In diesen Tagen werden die letzten Reserven unseres Staates an Nothilfen, Rücklagen der Rentenkassen und der Kommunen zusammengekratzt, nicht um diesen Notständen Abhilfe zu schaffen, sondern um den Verpflichtungen gegenüber dem IWF und den Banken nachkommen zu können!

Befreien Sie Menschen in Deutschland von der verbreiteten Angst, dass sie mit ihren Steuergeldern für die Schulden der Griechen und Griechinnen aufkommen sollen! Erklären Sie, dass Deutschland bislang von den Schulden der anderen und den eigenen Exportüberschüssen immens profitiert! Wie viel Zinszahlungen hat Deutschland schon aus den zahlreichen verschuldeten Ländern bekommen? Wenn die Deutschen bisher mit ihren Steuergeldern etwas zahlen mussten, dann waren es doch diese Milliardenpakete, die ihre Politiker bereitwillig zu den Banken getragen haben, die sich verspekuliert hatten.

Wir unterstützen die Überprüfung von Staats-Schulden, wie sie der Wahrheitsausschuss des griechischen Parlamentes (www.GreekDebtTruthCommission.org) zurzeit durchführt. Wir plädieren für eine internationale Schuldenkonferenz für Griechenland, vergleichbar der Londoner Schuldenkonferenz 1953, auf der Deutschland ein Großteil der Schulden erlassen wurde. Griechenland hat damals dieses Abkommen mit unterzeichnet, also zur Entschuldung Deutschlands beigetragen. Damit haben alle Unterzeichner dem am Boden zerstörten Deutschland einen Neuanfang ermöglicht.

4. Rechtsextreme und faschistische Gefahr

Eine Politik der Ungleichheit bereitet den Nährboden für Nationalismus und Faschismus. In Deutschland hören wir von großen Demonstrationen gegen Islam, Fremde und Flüchtlinge. Bei uns sind wir sehr beunruhigt über das Anwachsen der faschistischen Partei, der drittstärksten im griechischen Parlament, die auch Sympathisanten bei der Polizei, im Militär und auch in der Orthodoxen Kirche hat. Seit dem 2. Weltkrieg haben diese Kräfte, die mit den Nazis kollaborierten, ihre Strukturen systematisch ausgebaut und während der Diktatur 1967-74 staatlich zementiert, immer auch vernetzt mit faschistischen Kräften in Deutschland.

Wir müssen also aufmerksam und entschieden alle undemokratischen Machenschaften bis heute aufdecken und abwehren und immer wieder eine demokratische Kultur und den Respekt vor der Menschenwürde aller einfordern. Zurzeit läuft ein Gerichtsverfahren gegen die faschistische Partei mit dem Vorwurf einer kriminellen Vereinigung. Wir warnen davor, dass diese Kräfte nach einem vorstellbaren Zusammenbruch unseres Staates den Unmut der Bevölkerung ausnutzen und zu Gewalt und Ausschreitungen anstiften werden. Diese würden nicht mehr zu kontrollieren sein und die Demokratie in ganz Europa gefährden. Immer wieder wurde in diesem Zusammenhang zu Recht darauf verwiesen, dass sich Griechenland an einer äußerst sensiblen geografischen Lage befindet.

Wir plädieren für eine pluralistische und friedliche Gesellschaft!

5. „Linke Regierung“ und Demokratie

Diese neue Regierung kann nur mit der aktiven Beteiligung und Unterstützung seitens der Zivilbevölkerung und bei stetiger Rückkoppelung mit dieser den Aufbau einer gerechten und solidarischen Gesellschaft in Griechenland erfolgreich vorantreiben. Die wesentlichen Maßnahmen, die diese neue Regierung in den ersten Wochen ihrer Existenz unternahm, galten der sozialen Existenzsicherung und der Linderung größter Not. Eine Regierung, die sich christlichen Grundsätzen wie der Nächstenliebe verpflichtet gefühlt hätte, hätte kaum anders gehandelt. Wir sehen jedoch, wie die Geldgeber – EU und IWF – den immensen Druck auf die Regierung und Gesellschaft immer mehr steigern, um die gescheiterte Politik der Troika mit neuen Rentensenkungen, neuer Mehrwertsteuererhöhung und verstärkten Privatisierungen fortzusetzen. Damit werden zugleich die

Bemühungen um soziale Gerechtigkeit zerstört und die zarte Pflanze Hoffnung auf einen demokratischen Aufbruch zertreten.

In unserem Land ist eine linke Regierung nicht von vornherein verdächtig. Es hat immer wieder Verbindungen gegeben zwischen Linken, Kommunisten und Sozialisten einerseits und Christen andererseits. Gegen die Nazi-Besatzung haben Priester auf der Seite des Widerstandes gekämpft. Priester, Theologen und Christenmenschen haben sich offen zu einem Kommunismus und Sozialismus mit einem menschlichen Gesicht bekannt. Auch wenn Vertreter der Orthodoxen Kirche oftmals mit dem rechten Establishment paktiert haben, gibt es in ihr und in ihrem Umfeld doch demokratische und sozialistisch gesinnte Menschen. Die Theologische Fakultät der Universität Thessaloniki führte im Januar 2013 eine große Konferenz durch mit dem Thema: „Die Kirche und die Linke“. An ihr nahm fast die Hälfte der Mitglieder der Heiligen Synode der Orthodoxen Kirche teil.

In dem Geist, dass „kapitalistische Politik tötet“¹ treffen sich christliche Initiativen mit vielen der Zivilgesellschaft.

Diese Initiativen zu fördern und auch über unsere Grenzen zu vernetzen ist unser Anliegen. Deshalb schicken wir Ihnen unseren Brief. Wir bitten Sie herzlich darum, in Ihren Gemeinden, Synoden, Ausschüssen und Akademien unsere Hinweise und Bitten aufzunehmen und zu bedenken! Wir freuen uns auf Ihre Besuche in Griechenland!

Lassen Sie uns gemeinsam für ein solidarisches, menschenfreundliches Europa arbeiten!

Prof. Miltiadis Konstantinou, Prof. Dimitra Koukoura, Prof. Christos Tsironis, Prof. Stylianos Tsompanidis, Dorothee Vakalis-Fölster Pfrin i.R., Sotiris Mpoukis M.Th., Prof. Nikolaos Maghioros, Prof. Niki Papageorgiou, Prof. Angeliki Ziaka, Anastasia Gkitsi M.Th., Dr. Fotios Diamantidis, Pater Prof. Ioannis Skiadaressis, Prof. Panagiotis Yfantis

Kontakt: thessalonicherbrief2015@gmail.com

1 - Siehe die Dokumente des Ökumenischen Rates der Kirchen in Genf wie „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“ und „Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens“, ebenso das Apostolische Schreiben „Evangelii Gaudium“ von Papst Franziskus und die wenig beachteten, eindrucklichen Berichte des UNO-Experten Cephas Lumina über Griechenland.